

Übergabe der BSG-Denkschrift an den Bundespräsidenten

Do. 11.9., BSG Kassel: 5 Minuten

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

wir freuen uns sehr, Ihnen – zugleich in Vertretung aller Herausgeber und aller Autorinnen und Autoren – die Denkschrift zum 60jährigen Bestehen des BSG überreichen zu dürfen. Dieses Werk ist zugegebenermaßen etwas ungewöhnlich.

Zum einen erscheint es zwar zu einem runden Geburtstag des Bundessozialgerichts, dem es gewidmet ist. Aber doch nicht zu einem ausreichend „hervorgehoben Runden“, um normalerweise als Anlaß für eine größere Festgabe zu dienen. Zum anderen will es nicht lediglich das Bundessozialgericht preisen – auch wenn das keineswegs unangebracht wäre, wie Ihre Ansprache eindrucksvoll gezeigt hat – oder seine Rechtsprechung analysieren und kommentieren.

Es soll vielmehr – deshalb die Bezeichnung als *Denkschrift* – zum Nachdenken anregen: Zum Nachdenken über die Bedeutung der Sozialstaatlichkeit heute. In unserem Rechtsstaat leistet die Sozialgerichtsbarkeit einen wesentlichen Beitrag, um Sozialpolitik praktisch, für den Einzelnen erfahrbar werden zu lassen. Diese Rechtsprechung bedarf zugleich gerade deshalb einer Orientierung an und einer Verortung in sozialpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen. Sozialrecht ist geronnene Sozialpolitik und sollte sich dessen, bei aller notwendigen Eigenständigkeit in der täglichen Durchsetzung, immer wieder bewusst sein. Es ist bemerkenswert, daß sich ein Bundesgericht dieser

Aufgabe zu seinem Geburtstag stellt und uns somit die Gelegenheit bietet, den Sozialstaat aus ganz unterschiedlichen disziplinären Perspektiven, vom Recht über die Geschichte bis zu den Sozialwissenschaften, zu betrachten – ihn damit also in Gänze wahrzunehmen.

Wir glauben, daß dieses Nachdenken über die Sozialstaatlichkeit gerade heute besonders wichtig ist. Der Sozialstaat ist herausgefordert wie nie zuvor: in seiner *Gestaltungskraft* durch die mit der Globalisierung und Europäisierung verbundenen Entgrenzungen und gleichzeitigen Begrenzungen staatlicher Hoheitsmacht; in seinem *Gehalt* durch die Finanzkrise, demographische Prozesse und durch einen Ab- und Umbau von Sozialleistungen.

Es ist höchste Zeit, sich des sozialstaatlich Erreichten auf breiter Grundlage zu vergewissern und die Herausforderungen, die mit diesen Entwicklungen verbunden sind, zu erfassen. Denn auch in Zukunft wird, nicht nur bei uns und in Europa, der Gebrauch individueller Freiheit wie das Funktionieren von Märkten und gesellschaftlicher Integration von *wirksamer sozialstaatlicher Einhegung* abhängen.

Das *Nachdenken* über die Zukunft unserer Sozialstaatlichkeit ist aber auch dadurch massiv erschwert, daß Sozialrecht und Sozialpolitik als akademische Fächer an unseren Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen *ein zunehmend prekäres Dasein fristen*. Noch 1961 haben die Präsidenten der Landessozialgerichte dazu aufgerufen, beide Fächer zu stärken, um die notwendige wissenschaftliche Begleitung des sozialstaatlichen Aufbaus sicherzustellen. 1995 beschloß der Ausschuss für Sozialpolitik der Ökonomen Ähnliches für seinen Bereich. Heute, da es gilt, neuen Gefährdungen zu begegnen und der Sozialstaat großen Änderungsprozessen unterliegt, fehlt entsprechende Aufrufe *und vor allem Taten*. Wir sind aber davon überzeugt, dass eine Bewahrung der sozialstaatlichen Errungenschaften – wie auch die Kritik von Fehlentwick-

Übergabe Denkschrift

lungen in verschiedene Richtungen – nur gelingen kann, wenn die sozialrechtliche und sozialpolitische Forschungslandschaft entscheidend gestärkt statt weiter massiv ausgedünnt wird.

Wir hoffen sehr, dass diese Denkschrift zum 60. Geburtstag des Bundessozialgerichts dazu beitragen kann, die praktische Durchsetzung wie das theoretische Fundament des deutschen Sozialstaats zu stärken. Insofern freuen wir uns, daß wir Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, die erste Ausgabe dieses Werks überreichen dürfen – natürlich auch verbunden mit der Hoffnung, dass damit *unser* Anliegen in die richtigen Hände gelegt wird.



Von li.n.r.: Joachim Gauck (Bundespräsident), Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Schmidt (Verleger, Erich Schmidt Verlag), Wolfgang Spellbrink (Richter Bundessozialgericht) (© Andreas Fischer, Kassel).



S.o.



Von li.n.r.: Joachim Gauck (Bundespräsident), Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Schmidt (Verleger, Erich Schmidt Verlag), Wolfgang Spellbrink (Richter Bundessozialgericht), Ulrich Becker (Kodirektor, MPI Sozialrecht und Sozialpolitik, München), Stephan Leibfried (Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“, Universität Bremen) (© Andreas Fischer, Kassel).

Übergabe Denkschrift



S.o.



S.o.



S.o.



Von li.n.r.: Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Schmidt (Verleger, Erich Schmidt Verlag), Wolfgang Spellbrink (Richter Bundessozialgericht), Ulrich Becker (Kodirektor, MPI Sozialrecht und Sozialpolitik, München), Stephan Leibfried (Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“, Universität Bremen) (© Andreas Fischer, Kassel).

Übergabe Denkschrift



Von li.n.r.: Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Schmidt (Verleger, Erich Schmidt Verlag), Wolfgang Spellbrink (Richter Bundessozialgericht), Stephan Leibfried (Sprecher des Sonderforschungsbereichs "Staatlichkeit im Wandel", Universität Bremen), Ulrich Becker (Kodirektor, MPI Sozialrecht und Sozialpolitik, München), (© Andreas Fischer, Kassel).



S.o.



S.o.



Im Vordergrund von li.n.r.: Franz Xaver Kaufmann, Ulrich Becker (Kodirektor, MPI Sozialrecht und Sozialpolitik, München), Stephan Leibfried (Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“, Universität Bremen), Wolfgang Spellbrink (Richter Bundessozialgericht), (© Andreas Fischer, Kassel).

Übergabe Denkschrift



Von re.n.l.: Bertram Hilgen (Oberbürgermeister der Stadt Kassel), Eva Kühne-Hörmann (Hessische Ministerin der Justiz); Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Gauck (Bundespräsident), mit dem Rücken zugewandt David Gill (Staatssekretär des Bundespräsidialamts).



Von li.n.r.: Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht), Joachim Gauck (Bundespräsident).



Von li.n.r.: Joachim Gauck (Bundespräsident), Peter Masuch (Präsident Bundessozialgericht).